



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2003

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Fraktion der SPD
betreffend Recht auf Meinungsfreiheit auch in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag missbilligt jegliche Form von Versuchen von Mitgliedern der Hessischen Landesregierung, unliebsame Meinungsäußerungen von Mitarbeitern der Landesverwaltung, von nachgeordneten Dienststellen und Behörden sowie Anstalten des öffentlichen Rechts durch die Androhung von Repressionen für die Person oder die entsprechende Dienststelle zu unterbinden.

Der Landtag fordert den Hessischen Ministerpräsidenten auf, sich vor dem Plenum des Hessischen Landtags für die Drohungen gegenüber dem Präsidenten der Universität Kassel sowie der Universität Kassel selbst zu entschuldigen und diese ausdrücklich zurückzunehmen.

Wiesbaden, 2. Dezember 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Walter